

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tags Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für den Monat 1,20 M., für den Vierteljahr 4,80 M., für den halbjährigen 9,60 M., für den jährlichen 19,20 M. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 5 Pf. (Postgebühren eingeschlossen). Druck- und Verlagsanstalt: Dresdner Volkszeitung, Dresden, Postfach 1000.

Redaktion: Dr. Jungferstraße 14, II. Et. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Dr. Jungferstraße 14. Tel. 1789. Verschickungstag: Sonntag 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Interate werden die eigentliche Beilage mit 25 Pf. berechnet, bei dreitägiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstaxen 20 Pf. Interate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. - Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Dir. 35.

Dresden, Sonnabend den 11. Februar 1911.

22. Jahrg.

An die gewerkschaftlich Organisierten. In Reich und Gild!

Ein Wort zur Reichstagswahl.

Der Grundstein, das Organ des Bauarbeiterverbandes, trägt folgende trefflichen und beherzigenswerten Ausführungen:

Der Ablauf eines Jahres — wahrscheinlich im kommenden Herbst — finden die Neuwahlen zum Deutschen Reichstage statt. Es wird wieder eine jener seltenen Gelegenheiten, wo die Masse des Volkes über die von der Regierung und den beschließenden Parteien beliebte Politik zum Ausdruck bringen kann. Kein Wunder, daß angesichts dieser Tatsache den Volkseigenen aller Art die Wahl für ihre in den letzten Jahren begangenen Sünden büßen und daß viele Arbeiter rufen, um auch bei dieser Gelegenheit ihre Macht zu stärken, jene Macht, die es ihnen ermöglicht hat, auch jener, wie bisher, aus der Faust des Volkes Nerven zu schneiden. Wir brauchen bei dieser Gelegenheit nicht besonders darzulegen, wie das gemacht wird; denn die Reichstagsreform, bei der die Arbeiter und Untertanen die beiden Klassen erneut mit hohen Steuern belegen, ist ja noch in aller Erinnerung, und auch sonst haben wir alle, der eine mehr, der andere weniger, die Macht der Reichstagswahl nicht als genug am eigenen Leibe erfahren. Wir haben die Jahre schweren Kampfes hinter uns, ein Jahr, in dem unter anderem hunderttausende unserer Kollegen aus dem Arbeiterstand, um sie zu gefährigen Sklaven zu pressen. Wir haben gesagt: aber was tun, was wir erzwingen haben, soll uns das, was uns nicht schon vorher genommen worden war, durch die Politik des Aufstiegs nicht nachträglich noch genommen werden.

Wer nicht genug damit, bemühen sich die Frau- und Schlotarbeiter, die Millionen des Großgrundbesitzes und der Industrie nicht nur jährläufigen reaktionären Erbschaften aus dem Mittelstand und dem arbeitseigenen Unternehmertum, um neue Ausnahmesteuern gegen die Arbeiter und ihre Organisationen zuzuführen zu bringen. Was besonders uns ist, das ist die gewerkschaftlichen Organisationen, die ihnen ungewollt sind und die sie niedertrampeln und niederdrücken. Um dies Ziel zu erreichen, betreiben sie schon seit Monaten die Frage gegen die gewerkschaftlichen und die politischen Organisationen der Arbeiter, wie sie erdennlicher und niederrichtiger kaum mehr betrieben werden. Man bemüht sich insbesondere, die Arbeiter immer noch vorzubehalten unaufrichtigen Volkswaffen und das Recht in eine Furcht- und Verunsicherung zu versetzen und sie so die bei der Durchsetzung im Jahre 1907, zu einem schließlichen Sieg gegen die Arbeiterbetriebe und ihre Schranken zu veranlassen. Man kann daher, wie das letzmal, um so ungeschickter die Arbeiter zu erziehen und das Wohl des Volkes vorzunehmen zu können.

Unter diesen Umständen werden wir uns an euch, Kollegen, um auch ihr Ideen aufzufordern, in dem uns besprechenden Wahlkampf nicht nur eure Pflicht zu tun. Wir brauchen euch heute wohl nicht so sehr zu sagen und teilen aufeinanderzusetzen, welche Partei die Interessen der Arbeiter betrifft; denn ihr wißt, daß ihr eine energiegelade und konsequente Vertretung der Arbeiterinteressen nur von der Sozialdemokratie zu erwarten habt. Obenstehend wie die gewerkschaftlichen Arbeiter, ebenso wenig können die Arbeiter von den Parteien und Untertanen, von den Konfessionspartei, Nationalpartei, dem Zentrum usw. eine Vertretung der Arbeiterinteressen erwarten, mögen ihnen diese Parteien vor den Wahlen auch alles versprechen. Jede soziale Gruppe hat im großen und ganzen eine bestimmte politische Partei, die die Interessen der Industriellen, Bauern und Großgrundbesitzer vertritt, nicht gleichzeitig auch die Interessen der Arbeiter vertreten kann; denn diese Interessen sind im allgemeinen immer hostile gegenüber.

Das Interesse der Arbeiter fordert zum Beispiel Gesetz, durch das die Arbeiter die Lebensarbeit verbessert, die Arbeitszeit verkürzt, die Lohn erhöht und die Lebensmittel verbilligt werden. Sie können aber erwarten, daß zum Beispiel die Nationalliberalen als die Vertreter des Arbeitseigentums für eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit oder für die Festsetzung von Mindestlöhnen stimmen, obwohl die Konfessionspartei für die Herabsetzung der Lebensmittelkosten zustimmen würde, und daß sie die eigene Überzeugung geltend machen würde, und daß sie sich natürlich die Leute, die ihre Arbeiter zum Lohn Zweck wochenlang kämpfen lassen, dafür belohnen. Die Arbeiterklasse braucht Gesetz, durch die ihre Entlohnung, aber der Interessengegensatz zwischen den Arbeitern und den Angehörigen der bürgerlichen Reaktionparteien verlangt Gesetz, die zum Beispiel an Händen und Füßen sind. Mit welcher Verfeinerung gegen die Arbeiter jeden Hochzeit Boden, sucht sie ihre Macht zu erhalten, nicht nur zu erhalten, sondern noch zu erhöhen. Deshalb ist es etwas ganz Selbstverständliches, daß ein aufklärter Arbeiter nur zu seiner eigenen Partei, der Arbeiterpartei,

der Sozialdemokratie gehören kann, und daß er sie bei der Wahl unterstützen muß.

Über mit der Unterstützung bei der Wahl selbst, mit der Abgabe eines Stimmzettels darf es nicht getan sein. Das ist auch nicht der Grund, weshalb wir diese Worte heute schon schreiben; denn dazu wäre es kurz vor den Wahlen noch Zeit. Was wir für notwendig halten, ist, daß sich unsere Kollegen auch an den Vorbereitungen für die Wahlen beteiligen, daß sie von vornherein mitarbeiten und alles daransetzen, um den Wahlausfall in unserem Sinne, im Interesse der Arbeiter zu gestalten. Das können sie am wirkungsvollsten im Rahmen der Organisation, die den politischen Kampf für die Arbeiter führt, der sozialdemokratischen Partei selbst. Und deshalb möchten wir unseren Kollegen, die der sozialdemokratischen Partei noch nicht angehören, nahelegen, dieser beizutreten und an allen Wahlenarbeiten von vornherein teilzunehmen. Dies ist um so notwendiger, je größer die Gefahr ist, die die scharfmarkische Reaktion gegen die Gewerkschaften und deren Tätigkeit einfaßt; denn es handelt sich bei den Wahlen nicht um wenigstens um den Schutz dieser Gewerkschaften.

Und noch auf etwas anderes wollen wir aufmerksam machen. Viele unserer Kollegen werden noch Zeitungen halten, die ihre eigenen Interessen mit jenen treuen, die die Bestrebungen der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, in offener oder versteckter Form bekämpfen. Kollegen, werft solche Blätter aus euren Wohnungen heraus und bestell für sie die Arbeiterpresse! Mögen die Leute jene Blätter lesen, die von ihrer Schreibweise profitieren. Wir wissen sehr wohl, daß es oftmals die Frauen sind, die sich der Abschaffung der gewerkschaftlichen Zeitungen entgegenstellen. Klärt darum die Frauen auf, sagt ihnen, daß es sich um ihr Interesse nicht minder als um euer eigenes handelt. Jeder Kollege, der dazu irgendeine in der Lage ist, sollte auf die sozialdemokratische Tagespresse abonnieren, die im Wahlkampf immer die stärkste Waffe der Arbeiter ist.

Also nochmals, Kollegen: denken wir alle daran, daß es nicht genügt, nur auf gewerkschaftlichem Gebiete unsere Pflicht zu tun. Denken wir daran, daß uns die durch unsere gewerkschaftliche Arbeit erzielten Erfolge durch politische Manipulationen wieder genommen werden können, wenn wir politisch gleichgültig und indifferent sind. Denken wir an die erbärmliche Hege, die das reaktionäre Scharfmachertum gegen uns einfaßt, und zeigen wir uns in den nächsten Monaten als ganze und ernste Männer, als Männer, die gewillt sind, nicht nur die reaktionären Anschläge gegen uns zu verhindern zu machen, sondern auch uns den Weg zu weiteren Erfolgen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete frei zu machen. Es steht zu erwarten, daß die Reaktion und das Scharfmachertum in den nächsten Monaten nicht ohne Schmutz und Unrat über uns ausgehen, daß sie unsere Sache in einem Meer von Dingen zu erlösen trachten werden. Lassen wir uns dadurch nicht beirren, sondern tun wir, was uns unser Interesse zu tun gebietet. Verbündigen wir die Partei der politischen Organisation, damit der Wahlkampf alle unsere Kollegen in Reich und Gild, bereit, für unser Recht zu kämpfen, Seite an Seite mit der ganzen politischen gescheiterten Arbeiterklasse!

Die Hygiene-Ausstellung und die Gewerkschaften.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß es den sächsischen Industrieherrn mit Hilfe der Regierung gelungen ist, die deutschen Gewerkschaften von der Hygiene-Ausstellung zu vertreiben. Wir werden jetzt durch die Generalkommission der Gewerkschaften in den Stand gesetzt, den Verlauf dieser Angelegenheit aufmerksam zur Darstellung zu bringen. Es zeigt sich, daß wieder einmal einseitige Unternehmerinteressen und brutale Scharfmacherei einen Sieg erzwingen über die Förderung des Gemeinwohls. So sehr wir den Verlauf der Angelegenheit bedauern, so sehr sind wir auch überzeugt, daß alle objektiv denkenden das reaktionäre Verfahren der kapitalistisch beherrschten sächsischen Regierung aufs allerstärkste mißbilligen werden!

Der Generalkommission ging bereits im Frühjahr vorigen Jahres von dem Direktorium der Ausstellung eine Einladung zur Beschickung der wissenschaftlichen Abteilung zu. Dieser ersten Einladung folgte eine zweite, unterzeichnet von dem wissenschaftlichen Generalsekretär der Ausstellung, durch die die Generalkommission im Auftrag des Vorstehers der Gruppe V 3 der wissenschaftlichen Abteilung „Spezielle Berufshygiene und Berufshygiene“, Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Buchdorsff-Wein, nach besonders ersucht wurde, sich an der Internationalen Hygiene-Ausstellung durch Übermittlung von Ausstellungsgegenständen zu beteiligen. Besondere Wert wurde — wie es in dem Einladungs schreiben heißt — u. a. auf Vorfahrungen aus dem Gebiete der Heimindustrie gelegt werden.

Die Generalkommission legte die Frage, ob eine Beteiligung der Gewerkschaften an der Internationalen Hygiene-Ausstellung erfolgen sollte, den Vorständen der gewerkschaftlichen Zentralverbände zur Entscheidung vor, die nach eingehenden Beratungen der Beteiligung zustimmten, obgleich von vornherein nicht zu verkennen war, daß dadurch

den Gewerkschaften eine große Arbeit und nicht unerhebliche Kosten entstehen würden. Man entschloß sich aber, um die Ausstellung zu einer möglichst vollkommenen zu gestalten, um so eher dazu, als die Vertretung der wissenschaftlichen Abteilung großen Wert auf die Beteiligung der Gewerkschaften an der Gruppe 5 „Beruf und Arbeit“ legte. In dieser Gruppe soll, wie es in einem Schreiben der Ausstellungskommission heißt:

„an einem möglichst reichen Anschauungsmaterial gezeigt werden: 1. Wachen gesundheitlichen Schädigungen die Arbeiter in den verschiedenen Betrieben ausgelegt sind. 2. Welche hygienischen Einrichtungen getroffen werden können, um diesen Schädigungen zu begegnen. Im Interesse und Verständnis für gemeinheitsdienliche Fragen anzunehmen sollen auch Gegenstände zur Vorführung gebracht werden, die die verschiedenen Techniken und das Wissen, in dem gearbeitet wird, veranschaulichen, wie z. B. Photographien, Modelle und sonstige Darstellungen von Fabrikräumen, Werkstätten, Arbeitsplätzen, Apparaten und Maschinen, Arbeiter in ihrer Beschäftigung usw.“

Mit Rücksicht darauf, daß nach der im Auftrag des Herrn Geh. Regierungsrats Dr. Buchdorsff übermittelten Einladung besonderes Gewicht auf Vorfahrungen auf dem Gebiete der Heimindustrie gelegt wurde, kamen die Verbandsvorstände zu dem Entschluß, eine Besondere Heimindustrieausstellung innerhalb der Internationalen Hygiene-Ausstellung zu veranstalten. Diese Absicht wurde in der ersten Hälfte des Oktober vorigen Jahres dem wissenschaftlichen Generalsekretär der Ausstellung bei einer Rücksprache in Berlin zur Kenntnis gebracht. Mit Schreiben vom 13. Oktober teilte dieser der Generalkommission mit, daß eine solche Heimindustrieausstellung als Sonderausstellung der Generalkommission aufgeführt werden dürfte und daß dementsprechend die Generalkommission die gesamten Kosten für diese Ausstellung selbst übernehmen und Plakette zahlen müßte, genau so, wie dies z. B. auch von den Sonderausstellungen des Zentralverbandes vom Roten Kreuz, des Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose und verschiedenen anderen ausgesprochenen Wohlthätigkeitsvereinen verlangt wurde. Eine Ausnahme könne auch bei der Generalkommission nicht gemacht werden.

Die Generalkommission erklärte sich bereit, Plakette zu zahlen und ebenfalls auch einen eigenen Pavillon für die Heimindustrieausstellung auf ihre Kosten zu errichten.

Am 14. November fanden zwischen dem Direktorium der Ausstellung und Vertretern der Generalkommission in Dresden weitere Verhandlungen statt. Das Direktorium, insbesondere dessen Vorsteher, Herr Kommerzienrat Singer-Preben, zeigte bei diesen Verhandlungen das größte Entgegenkommen und erklärte sich bereit, die Sonder-Heimindustrieausstellung der Gewerkschaften, wenn irgend möglich, in der Nähe des großen Pavillons „Beruf und Arbeit“ unterzubringen. Für den Fall, daß der zu errichtende Pavillon in diesem Teil der Ausstellung nicht mehr sollte untergebracht werden können, sollte für die gewerkschaftliche Sonderausstellung auf der anderen Seite des Ausstellungsterrains ein gesondertes Platz zur Verfügung gestellt werden. Das Direktorium erklärte sich auch bereit, gegen Zahlung eines Pachtpreises von 80 M. pro Quadratmeter die zur Heimindustrieausstellung benötigte Halle den Wünschen der Generalkommission gemäß zu errichten. In eine Vereinbarung mit der Ausstellung und eine Ausweisung des Platzes notwendig war, versprach das Direktorium, der Generalkommission innerhalb einer Woche definitiven Bescheid darüber zugehen zu lassen, welcher Platz innerhalb des Ausstellungsterrains zur Verfügung gestellt werden könnte.

Bei den Verhandlungen mit dem Direktorium der Ausstellung war auch ein Geh. Kommerzienrat aus dem sächsischen Ministerium zugegen. Dieser Herr hatte gegen die gewerkschaftliche Heimindustrieausstellung erhebliche Bedenken und verlangte, daß die Ausstellung gemeinsam mit den Unternehmern arrangiert werde, weil sonst zu befürchten sei, daß sie tendenziös ausfallen würde. Zum mindesten sollten die Gewerkschaften sich verpflichten, auch die Richtlinien der Heimarbeit zur Darstellung zu bringen.

Die Vertreter der Generalkommission erklärten, auf eine Zusammenkunft mit den Unternehmern zu veranlassende Ausstellungen verzichten zu müssen. Es müßte den Unternehmern überlassen bleiben, ihrerseits die Heimarbeit in der Ausstellung zur Darstellung zu bringen, wie sie es für richtig hielten. Die Richtlinien der Heimarbeit zur Vorführung zu bringen, hätten die Gewerkschaften keine Veranlassung, weil ihrer Ansicht nach die Heimarbeit in der Hauptsache Schattenseiten aufzuweisen hätte. Tendenziös solle die Ausstellung nicht gestaltet werden. Nur die für die Heimarbeit typischen Verhältnisse sollten zur Darstellung gelangen.

Die von dem sächsischen Geheimrat erhobenen Bedenken fanden bei den übrigen Mitgliedern des Direktoriums, insbesondere bei dem Vorstehenden, keine Gegenliebe. Herr Kommerzienrat Singer erklärte ausdrücklich, die Bedenken, daß die Ausstellung tendenziös gehalten werden könne, seien ungeschicklich. Man müßte den Gewerkschaften überlassen die Ausstellung so zu gestalten, wie sie es für richtig hielten. Können Ueberehrungen vor, so würde das nur den Grund der Ausstellung abschwächen, denn solche Dinge korrigierten sich selbst. Jene Bedenken einschränkende Bedingungen zu stellen, sei nicht nötig.

Geführt auf diese zweifelhaften Erklärungen des Direktoriums begannen die Gewerkschaften mit den Vorbereitungen für die Ausstellung. In mehreren Konferenzen, zu denen auswärts wohnende Gewerkschaftsvertreter herangezogen werden mußten, wurden die Grundzüge der Beteiligung an der wissenschaftlichen Abteilung sowie die Organisation der Sonderausstellung bez. Heimarbeit festgestellt und danach seitens der Verbände zum Teil recht umfangreiche Vorbereitungen aufgenommen. Es wurde statistisches Material gesammelt, Exquaten erhoben, Photographien aufgenommen, Verträge mit Heimarbeitern über ihre Beschäftigung während der Dauer der Ausstellung abgeschlossen sowie Beschlüsse auf zahlreiche Gegenstände ausgegeben. Alles dies dazu die Vereiner der Heimindustrieausstellung, bei den Gewerkschaften bereits ganz erhebliche Arbeit und Kosten verursacht.

Einige Zeit später erschienen in sächsischen Zeitungen Berichte über Tagungen der sächsischen Gewerbe- und Handelskammern sowie anderer Unternehmer-Organisationen, aus denen hervorging, daß das sächsische Ministerium des Innern die Unternehmer gegen die gewerkschaftliche Heimindustrieausstellung mobil gemacht hatte. Die Unternehmer verlangten, daß das Direktorium eine gewerkschaftliche Heimindustrieausstellung nicht zulasse, oder, wenn dies nicht mehr bez-